

Trier, 12. Dezember 2016

Pressemitteilung

15.12. – Abstimmung im Europäischen Parlament über die Reform des Emissionshandels kfd bittet EU-Abgeordnete für wirksamen EU-Klimaschutz einzutreten

Trier, Dezember - Die Diözesanvorsitzende der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), Margot Klein bittet in einem Schreiben an die EU-Abgeordneten Jo Leinen, Stefan Eck und Birgit Collin-Langen sich für eine Reform des Emissionshandels einzusetzen.

Der Emissionshandel ist bisher das wichtigste europäische Klimaschutzinstrument. Damit die Europäische Union ihrer internationalen Verantwortung bei der Umsetzung des Pariser Klimaabkommens gerecht wird, ist eine umfassende Reform des Emissionshandels notwendig. Bleibt es bei den aktuellen Vorschlägen, droht die EU ihr ohnehin schwaches Klimaziel für 2030 um vier Prozentpunkte zu verfehlen. Dies wäre ein fatales Signal an die Weltgemeinschaft. Die aktuellen Debatten stehen nicht im Einklang mit den Versprechen, die Deutschland und die EU im Pariser Klimaabkommen eingegangen sind. Damit die Ziele erreicht und übertroffen werden können, müssen alle Sektoren ihren fairen Beitrag leisten.

Die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) als größter Deutscher Frauenverband setzt sich seit Jahren für Klimaschutz u.a. aus der Perspektive von Frauen ein. Die Klimakrise trifft bereits heute insbesondere arme Frauen in Ländern des Globalen Südens. Die EU steht als drittgrößter Emittent von Treibhausgasen in der besonderen Verantwortung, der fortschreitenden Erderwärmung entschieden entgegenzuwirken. Dafür ist es unabdingbar, den Übergang in eine klimafreundliche Zukunft jetzt einzuleiten: Damit wir Zeit haben zu planen und Brüche vermieden werden.

Margot Klein, u.a. Mitglied im Ausschuss Hauswirtschaft und Verbraucherthemen, bittet die EU-Abgeordneten sich für eine Reform des Emissionshandels einzusetzen, die uns der Umsetzung der Pariser Klimaziele näherbringt und eine Wende auch im energieintensiven Industriesektor einleitet. Folgende Aspekte sind dabei aus Sicht der kfd zentral:

- Eine deutlich stärkere Verknappung der CO₂-Zertifikate als bisher geplant, um einen investitionsrelevanten CO₂-Preis zu erzeugen. Überschüssige Zertifikate müssen gelöscht werden. Um neue Überschüsse zu vermeiden, muss der Reduktionspfad in 2021 auf dem tatsächlichen Emissionsniveau starten.
- Eine faire Beteiligung der energieintensiven Industrie. Aktuell profitiert die Industrie von weitreichenden Ausnahmen. Damit Europa seinen Beitrag zum weltweiten Klimaschutz leisten kann, muss der Wandel in der energieintensiven Industrie aber jetzt eingeleitet werden. Bitte stimmen Sie für ein Ende der Industrieausnahmen.
- Indirekte Finanzierung von fossilen Projekten beenden. Fossile Kraftwerke in Mittel- und Osteuropa bekommen Zertifikate aktuell umsonst und können sie mit Profit weiterverkaufen. Das widerspricht dem Weg zur weltweit notwendigen Dekarbonisierung.
- Das Pariser Abkommen sieht vor, dass die Staaten ihre Beiträge regelmäßig überprüfen und nachschärfen. Im Emissionshandel ist das bislang nicht geplant. Bitte unterstützen Sie eine Überprüfungsklausel, die sicherstellt, dass schon 2019 im Rahmen des UN-Prozesses eine Überarbeitung durchgeführt wird.

Europa schuldet der Welt und insbesondere den schon jetzt vom Klimawandel betroffenen Menschen seinen fairen Beitrag zum Klimaschutz.

Hintergrund: Die Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) ist mit rund 30.000 Mitgliedern die größte Frauenorganisation im Bistum Trier. Sie setzt sich für die Interessen von Frauen in Kirche, Politik und Gesellschaft ein. Weitere Informationen unter www.kfd-trier.de.

V.i.S.d.P.:

Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd), Sichelstr. 36, 54290 Trier
Telefon 0651-9948690, Email: info@kfd-trier.de